

Antrag A1

Antragssteller*innen: Landesvorstand

Der Landesparteitag möge beschließen:

Aufnahme von Koalitionsverhandlungen

Die Linke Berlin nimmt mit den Parteien SPD Berlin und Bündnis90/Die Grünen Berlin auf Grundlage der Ergebnisse der (Vor-)Sondierungen Koalitionsverhandlungen auf.

Der Entwurf eines Koalitionsvertrages wird gemäß der Landessatzung §8 Absatz 1 und 2 der Mitgliedschaft zur Abstimmung vorgelegt.

Unsere Prioritätenlisten für den Koalitionsvertrag

Die Linke Berlin ist mit einem Programm angetreten, um diese Stadt zu verändern. Im Mittelpunkt stand, Berlin wieder bezahlbar zu machen und den Menschen ein Leben in Würde und Sicherheit zu ermöglichen. Kurz: es geht darum, diese Stadt den Menschen zurückzugeben, die sie tagtäglich am Laufen halten.

Unser Wahlprogramm hat 24 Kapitel und 333 Seiten. Elif Eralp hat im Wahlkampf gesagt, dass kein Problem der Berlinerinnen und Berliner zu klein ist als das wir uns nicht darum kümmern. Und dennoch wollen wir als Die Linke Berlin bei der Umsetzung unseres Programms für die Berlinerinnen und Berliner Prioritäten setzen. Dafür haben wir unsere Mitglieder befragt und sie gebeten, die vom Landesvorstand ausgewählten knapp 50 Vorhaben aus dem Wahlprogramm zu bewerten und sie nach Dringlichkeit zu ranken. Diese Umfrage, die Meinung unserer Mitglieder, liegt dieser Liste zugrunde.

Die Linke Berlin gibt den Verhandlerinnen und Verhandlern für die Koalitionsgespräche folgende priorisierten Vorhaben mit auf den Weg. Der Koalitionsvertrag wird sich an diesem Votum messen lassen. Und die Berlinerinnen und Berliner werden uns an unseren Taten messen.

Unsere zentralen Projekte für den Koalitionsvertrag sind:

1. Den Volksentscheid „Deutschen Wohnen & Co enteignen“ umsetzen
2. Mietabzocke stoppen (Landesamt für Mieterschutz und ein Mietendeckel für die 400.000 kommunalen Wohnungen)
3. Preise runter beim ÖPNV (Preisstopp bei den BVG-Tickets, 9-Euro-Sozialticket)
4. Müllchaos beenden (2 kostenlose Sperrmüllabholungen im Jahr, eine höhere Reinigungsfrequenz in besonders betroffenen Kiezen und eine bessere Ausstattung der BSR und gute Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten)
5. Wiedereinführung der Vermögensteuer
6. Keine Abschaffung des kostenlosen Schulessens, des kostenlosen Schülertickets und des kostenlosen Horts
7. Kommunalen Wohnungsbauprogramm (75.000 dauerhaft bezahlbare Wohnungen)
8. Sicher-Wohnen-Gesetz (u.a. WBS-Quote bei Neuvermietung)
9. Wohnungslosigkeit beenden (nach dem Prinzip Housing First)
10. Einführung einer Luxusvillensteuer
11. Berlin hitzesicher machen (u.a. über den Ausbau des Berliner Hitzeaktionsplans)
12. Bundeswehr raus aus den Schulen

13. Pakt mit den sozialen Trägern (das soziale Berlin sichern und ausbauen)
14. Den KiTa-Personalschlüssel verbessern
15. Das Allgemeine Sicherheits- und Ordnungsgesetz reformieren
16. Eine Ermittlungsgruppe Wirtschaftskriminalität einsetzen
17. Fernwärme ausbauen, dekarbonisieren und steigende Kosten begrenzen
18. Sonderprogramm zum Aufbau von medizinischen Versorgungszentren (MVZ)
19. Den Baumentscheid umsetzen (1 Million neue Bäume bis 2040)
20. Die Förderung von Demokratieprojekten über ein Demokratiefördergesetz
21. Schutzunterkünfte wie Frauenhäuser und das Projekt „Housing First Queer“ sichern und ausbauen
22. Die Kürzungen bei den Hochschulen (Finanzen, Stellen und Studienkapazitäten) zurücknehmen
23. Ein Landesprogramm „Schulpsychologie“ aufsetzen
24. Wahlrechtsreform (aktives und passives Wahlrecht nach 5 Jahren)
25. Kiezkantinen in allen Bezirken mit günstigem Essen

Die Nummerierung stellt keine Priorisierung der 25 Prioritäten dar.
Nach einem erfolgreichen Abschluss der Koalitionsverhandlungen wird der Landesvorstand eine Bewertung des Koalitionsvertrages entlang der beschlossenen Prioritäten veröffentlichen und den Mitgliedern zugänglich machen.

Begründung: Am 17. Oktober 2026 hat Die Linke die Sondierungsgespräche mit SPD und Grünen erfolgreich beendet. Gemeinsam haben wir vereinbart, „dass die Anwendung von Artikel 15 Grundgesetz ein Beitrag zum Ausbau des kommunalen Wohnungsbestands und zur Überwindung der Krise auf dem Wohnungsmarkt ist“. Zusammen packen wir die Vergesellschaftung der Immobilienkonzerne an: bis Mitte 2028 werden wir „ein Gesetz zur Überführung von Wohnimmobilien in Gemeineigentum dem Abgeordnetenhaus zur Verabschiedung“ vorlegen – erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland!

Das ist ein historischer Erfolg, den wir errungen haben als Mieter:innen, als Aktivist:innen und als Mitglieder unserer Partei!

Den Berliner:innen haben wir versprochen, jeden Hebel umzulegen, um die Mietabzocke zu stoppen und Berlin bezahlbar zu machen. An diesem Versprechen möchten wir auch nach der Wahl gemessen werden.

Neben der Umsetzung des Volksentscheids führen wir einen Mietendeckel bei rund 400.000 landeseigenen Wohnungen ein und stärken die Mietenaufsicht im Kampf gegen Mietwucher. Wir unterstützen die Bezirke in ihrem Einsatz gegen möbliertes Wohnen und illegale Ferienwohnungen und führen eine verbindliche WBS-Quote im Bestand ein.

Darüber hinaus konnten wir die Kernforderungen unserer Kampagne vereinbaren. Wir werden die soziale und nachhaltige Stadt sichern und Zukunftsinvestitionen ermöglichen, auch wenn der Haushalt eine große Herausforderung bleibt. Die Tarifbindung in Berliner Unternehmen wollen wir ausbauen und den Arbeitsschutz stärken. Wir werden das Sozialticket günstiger machen und kostenlose Sperrmülltage einführen. Die Gebühren- und Lernmittelfreiheit an den Schulen erhalten wir, ebenso das kostenlose Schülerticket und Mittagessen. Die Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr werden wir beenden.

100

101 Selbstverständlich haben auch die anderen Parteien einige ihrer Forderungen
102 untergebracht. Auch wir mussten Kompromisse eingehen. Und es gibt weitergehende
103 Positionen, die wir noch nicht verabreden konnten und für die wir uns in zukünftigen
104 Verhandlungen stark machen werden.

105

106 Diese Koalitionsverhandlungen finden auf Grundlage des Sondierungspapiers „Mehr
107 gemeinsam, mehr Berlin“ sowie der gemeinsam verabredeten „Vereinbarung zum Start
108 der Sondierungen“ statt. Das vollständige Sondierungspapier inklusive seiner Anhänge
109 ist auf der Homepage von Die Linke Berlin veröffentlicht:

110 https://dielinke.berlin/fileadmin/user_upload/2026/Sondierung.pdf

111

112 In der Präambel dieses Sondierungspapiers heißt es: „Das Wahlergebnis hat gezeigt:
113 Berlin will einen Neuanfang“. Gemeinsam wollen wir für eine Stadt arbeiten, „in der alle
114 sich frei entfalten und Neues beginnen können. An einem Berlin, das ein sicherer Ort
115 für alle ist, an einer weltoffenen Stadt, die den Menschen den Rücken stärkt und deren
116 Zukunft wir gemeinsam gestalten.“

117

118 Lasst uns dieses Ziel in den Koalitionsverhandlungen gemeinsam verfolgen!